

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

231 (3.10.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Abrechnungswiese: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Mittwoch, den 3. Oktober 1951

Nr. 231

Werl-Verteidiger fordern Revision Scharfe Kritik an der britischen Gerichtspraxis

Hamburg (UP). Hamburger Anwälte, die Verteidiger von in Werl inhaftierten „Kriegsverbrechern“ waren, haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie es bedauern, daß die britischen Behörden bisher jede Nachprüfung der Schuld ihrer Mandanten abgelehnt haben, obwohl „in Werl viele Männer und Frauen sitzen, bei denen die schon verbüßte jahrelange Haft eine mehr als ausreichende Sühne für die ihnen zur Last gelegten Dinge sind“.

Nach Ansicht der Anwälte sind viele Verurteilungen nur infolge der geistigen Atmosphäre der Nachkriegsjahre und der ungleichen schwerwiegenden Mängel des Gerichtsverfahrens erklärlich. Zur Erhärtung dieser Auffassung werden erwähnt, die „völlig vage Unbestimmtheit in der Formulierung der Anklage“, die Zulassung von „Hörensagen-Beweisen“, die Anerkennung schriftlicher Bekundungen von Leuten, die weder die Verteidiger noch das Gericht je zu sehen bekam, als vollgültige Zeugenbeweise. Weder die Eröffnungsansprüche des Anklägers noch sein Schlußplädoyer oder die „Zusammenfassungen“ des Gerichtsvorsitzenden seien in die deutsche Sprache übersetzt worden. In vielen Fällen seien keine rechtskundigen Berater beim Gericht vorhanden gewesen, selbst wenn es sich um Leben oder Tod des Angeklagten handelte, und im Gegensatz zur Praxis der Amerikaner habe man in der Regel jegliche Urteilsbegründung unterlassen. Als besonders tragisch wird die Tatsache herausgestellt, daß die rund 200 Gefangenen in Werl zusammen mit kriminellen, teils schweren Berufsverbrechern untergebracht sind.

„Blitzgesetz“ stark umstritten

Erster Verhandlungstag in Karlsruhe — Bundestag und Regierung auf Südweststaatsseite

Karlsruhe (ZSH). Vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe begann die öffentliche Verhandlung über die Einsprüche des Landes Südbaden gegen die Gesetze für die Neugliederung im südwestdeutschen Raum. Am ersten Verhandlungstag stand das sogenannte Blitzgesetz, nach dem die Legislaturperioden der Länder Südbaden und Württemberg-Hohenzollern verlängert wurden, zur Debatte.

Vor Eintritt in die Hauptverhandlung hatten Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern einen Antrag auf Ablehnung der Bundesrichter Dr. Geiger und Dr. Leusser gestellt mit der Begründung, daß Dr. Geiger an der Gesetzgebung über das Bundesverfassungsgericht mitgewirkt habe und Dr. Leusser auf Grund seiner Einstellung zum Südweststaatsproblem befangen sei. Südbaden stellte dagegen den Antrag, die beiden anderen Länder nicht als Prozeß-Partei anzuerkennen. Nach kurzer Beratung wurden beide Anträge abgelehnt.

Als Sprecher der südbadischen Landesregierung erklärte der Freiburger Rechtsanwalt Dr. Kopf, der Bund sei nicht berechtigt, durch ein Gesetz die Wahlperioden zu verlängern. Mit dieser tief einschneidenden Maßnahme habe der Bund in die Autonomie des Landes Südbaden eingegriffen, eine willkürliche Entscheidung getroffen, sowie seine Kompetenzen und den Rahmen des Grundgesetzes überschritten.

Die Vertreter der anderen südwestdeutschen Länder der Bundesregierung und des Bundestags wiesen die Argumente Südbadens ener-

gisch zurück. Rüdiger von Lex erklärte als Vertreter der Bundesregierung, daß das Blitzgesetz mit dem Artikel 118 des Grundgesetzes in Einklang gebracht werden könne. Dr. Kiesinger stellte als Vertreter des Bundestags fest, daß von einem Verstoß gegen das Grundgesetz keine Rede sein könne. Das Parlament habe mit überwältigender Mehrheit dem Gesetz zugestimmt. Auch Staatspräsident Dr. Müller wies die badischen Behauptungen energisch zurück.

Innenminister Renner-Tübingen betonte, daß es sich beim Blitzgesetz nur um eine zweckmäßige Entscheidung gehandelt habe, da man der Bevölkerung nicht zumuten könne, innerhalb weniger Wochen mehrere Male zu wählen. Die Zuständigkeit des Bundes für die Neugliederung sei laut Grundgesetz zu bejahen. Auf die Behauptung Südbadens, jede Neugliederung sei ein Schnitt ins blühende Fleisch des föderalistischen Prinzips, erwiderte Renner, tote Prinzipien könnten schon an sich kein blühendes Fleisch sein. Wenn dieses Gesetz aber schon mit einem Schnitt verglichen werde, so müsse man es mit einer Operation vergleichen, denn der Bund sei mit geborenen Gliedern gebildet und die beiden Neugliederungsgesetze seien in der Absicht erlassen worden, diese Glieder erst einmal einzusenken. Professor Schneider (Württemberg-Hohenzollern) meinte, das Grundgesetz rufe geradezu nach einer Neugliederung, und der Artikel 118 stelle für den Bund nicht nur eine Berechtigung, sondern geradezu eine Verpflichtung dar.

Für Württemberg-Baden erklärte Wirtschaftsminister Dr. Veit, das Blitzgesetz sei wegen der damals herrschenden Unsicherheit ebenso notwendig gewesen, wie die später erfolgte vorläufige Anordnung des Verfassungsgerichts, durch die der Abstimmungs-termin verschoben worden war.

Der südbadische Staatspräsident Wohleb sagte, es sei für ein Neugliederungsgesetz unerbittlich, ob ein neuer oder ein alter Landtag existiert hätte. Bereits im Januar dieses Jahres sei ein Landesgesetz über die Wahlen zum badischen Landtag angenommen worden. „Man hätte uns nach unserer Fassung selbig werden lassen sollen. So sind wir am Recht geknickt und bitten daher, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären.“ Daraufhin erwiderte Staatspräsident Dr. Müller, Baden habe sich im Bundesrat damit einverstanden erklärt, daß die Legislaturperiode des badischen Landtags durch ein Gesetz verlängert würde. Dazu stellte Wohleb fest, er habe seine Zustimmung nur vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Zulässigkeit des Gesetzes gegeben. Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von drei bis vier Tagen.

Noch eine Verfassungsklage
Inzwischen haben zwölf Abgeordnete der SPD- und FDP-Fraktion des badischen Landtags beim badischen Staatsgerichtshof eine Verfassungsklage gegen das badische Landtagswahlgesetz vom 9. 1. 1951, das von Staatspräsident Wohleb zur Begründung der badischen Verfassungsklage angeführt wurde, eingereicht. Verschiedene Bestimmungen des einzelnen nur mit den Stimmen der CDU als Regierungspartei verabschiedeten Gesetzes sind nach der Meinung der betreffenden Abgeordneten weder mit dem badischen Verfassungsgesetz noch mit dem Grundgesetz zu vereinbaren. Wie gleichzeitig bekannt wird, ist der badische Staatsgerichtshof zur Zeit nicht beschlußfähig, da ein Richter in das Bundesverfassungsgericht berufen und ein zweiter wegen Verletzung in den Ruhestand ausgeschieden ist.

Die 2. deutsche Kunststofftagung wird vom 22. bis 26. Oktober in Wiesbaden stattfinden.

USA lehnen Sicherheitsvertrag ab

Aus verfassungsrechtlichen Gründen - Appelliert Adenauer an die Außenminister? - Kritisches Verhandlungsstadium

Bonn (UP). Die Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Hochkommissaren über die Verwirklichung der Beschlüsse von Washington ergaben in einigen wesentlichen Punkten Meinungsverschiedenheiten. Ein Regierungssprecher erklärte in diesem Zusammenhang, Dr. Adenauer und die Hochkommissare hätten ihre gegenseitigen Standpunkte weitgehend klären können.

Während Beobachter der Alliierten von der Möglichkeit weiterer Beratungen des Kanzlers mit den Hochkommissaren sprechen, kündigte der Sprecher der Bundesregierung zunächst nur eine dritte Zusammenkunft Dr. Adenauers mit dem Alliierten an. Diese findet am Mittwoch am Wohnsitz McCloy's in Mehlem bei Bonn statt. Die bei den letzten beiden Zusammenkünften aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten sind nach Angabe von alliierten Kreisen in erster Linie das Ergebnis der gegensätzlichen Interpretation der Beschlüsse von Washington. Dazu gehören u. a. der vom Kanzler gewünschte Sicherheitsvertrag zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik, der von den USA aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geschlossen werden könne. Man erinnere jedoch seitens der Hochkommission daran, daß die von den Westmächten bereits abgegebene Sicherheitsgarantie in vollem Umfang bestehen bleibe.

Stärkste Beachtung findet in diesem Zusammenhang die Information, der Bundeskanzler werde möglicherweise die Außenminister der drei Westmächte zur Klärung strittiger Fragen anrufen, wenn er mit den Hochkommissaren nicht weiterkommen sollte. Sowohl auf alliierter als auch auf deutscher Seite scheint in jedem Fall der Wunsch zu bestehen, die Beratungen so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Das Kabinett, dem Dr. Adenauer am Dienstag über seine erneute Aussprache mit den Hochkommissaren berichtete, hat nach Angaben eines Regierungssprechers noch keine Stellung zum bisherigen Verhandlungsverlauf genommen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist kaum mehr mit einem Abschluß der Sachverständigenbesprechungen vor Ende dieses Jahres zu rechnen. Diese Sachverständigen sollen ihre Beratungen ja erst aufnehmen, wenn die Hochkommissare und Dr. Adenauer im Prinzip einig geworden sind. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, daß einem Sonderausschuß die Vorbereitung der offenen Fragen übertragen wird. Die ursprüngliche Erwartung in Bonn, binnen vier bis sechs Wochen zu einem Vertragsabschluß mit den Westmächten gelangen zu können, wird sich angesichts der geringen Konzessionsbereitschaft der Hochkommissare jedenfalls nicht mehr erfüllen lassen. Der Bundeskanzler habe in den bisherigen Besprechungen mit den Alliierten zu verstehen gegeben, so berichten alliierte Politiker, daß er eine Reihe von Zusicherungen erhalten müsse, ehe man von einer wirklichen Partnerschaft Deutschlands sprechen könne. Die deutschen Forderungen seien nicht zuletzt das Ergebnis des ständigen Drucks der Opposition.

„Verträge zu schließen, hinter denen nicht der freie und ungetriebene Wille zur Erfüllung steht, sind sinnlos, und man scheidet sie besser nicht ab“. Mit diesen Worten nimmt das offizielle Organ der CDU-CSU, der Deutschland-Union-Dienst, zu den Verhandlungen

Stellung. Der Kern der „nicht unüberwindlichen Schwierigkeiten“ liege anscheinend darin, daß die Bundesrepublik nicht mit christlichem Herzen „ja“ zu einem Verträge sagen könne, solange er Bestandteile oder Auffassungen enthalte, die vor dem deutschen Volk und vom deutschen Volk nicht zu vertreten seien. Eine Berücksichtigung berechtigter deutscher Interessen müsse die unabdingbare Voraussetzung für den Abschluß vernünftiger Verträge sein. Die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes für eine Eingliederung der Bundesrepublik in die westeuropäische Welt sei nur zu gewinnen, wenn den „lebenswichtigen deutschen Auffassungen“ Rechnung getragen werde.

Nur bei voller Souveränität
Der Vorsitzende des DGB, Christian Fette, erklärte in New York vor seiner Rückkehr nach Deutschland, die Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften zur Unterstützung der westlichen Verteidigung werde davon abhängen, „ob Deutschland dieselben Rechte wie die anderen freien Nationen“ erhalte. „Gleiche Rechte bedeuten, daß Deutschland dieselben Chancen wie die anderen Länder erhält und alle besonderen Einschränkungen, zum Beispiel die des industriellen Potentials, aufgehoben werden“. Er erinnerte daran, daß der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL sich in San Francisco „für die volle und unbegrenzte Wiederherstellung der deutschen Souveränität“ ausgesprochen hat.

Die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien wurden am Dienstag von Dr. Adenauer über seine Verhandlungen mit den Alliierten unterrichtet; für Donnerstag ist eine Aussprache des Kanzlers mit Dr. Schumacher vorgesehen. Am gleichen Tag wird der SPD-Vorsitzende vom US-Hochkommissar McCloy empfangen werden.

Geheimprotokolle gestohlen

Vertrauliche Akten ins Ausland verkauft - Drei Personen verhaftet

Bonn (UP). Ein Amtsgeld des Bundeskanzleramtes und zwei weitere Personen sind wegen Diebstahls von Geheimakten der Bundesregierung verhaftet worden, die an einen ausländischen Nachrichtendienst und eine große politische Partei weitergeleitet worden sein sollen.

Der Amtsgeld war als Vervielfältiger in der Bundeskanzlei beschäftigt. Nach Informationen aus Kreisen der Bundesregierung hat er laufend streng vertrauliche Kabinettsprotokolle und andere wichtige Geheimakten an einen in Beuel bei Bonn wohnhaften Mann gebracht, der verhaftet worden ist. Der Name des Mittelsmannes ist nicht bekanntgegeben, ein Sprecher bestätigte jedoch auf Anfrage, daß es sich bei letzterem um einen Stadtverordneten der SPD handle.

Von dem Vermittler in Beuel sollen die Dokumente an einen Kaufmann in Mainz weitergeleitet worden sein, der einen Teil der Geheimakten gegen ein festes Gehalt an den französischen Nachrichtendienst verkaufte. Der ebenfalls verhaftete Kaufmann

hat nach Angaben aus dem Bundeskanzleramt ausgesagt, daß er dieses Geld mit dem Mittelsmann in Beuel geteilt habe. Auch der Amtsgeld des Kanzleramts war gegen Bezahlung tätig.

Der Mittelsmann bestreitet, die Papiere an eine ausländische Macht geleitet zu haben und gab bei seiner Vernehmung an, daß die gestohlenen Dokumente Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei übergeben worden seien. Ein Sprecher des SPD-Parteivorstandes erklärte jedoch hierzu, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Die Bundesregierung wurde auf das Komplott aufmerksam, als ein nach Mainz gesandtes Postpaket als unzustellbar an das Bundeskanzleramt zurückgeschickt und dort geöffnet worden war. Zum Teil waren die gestohlenen Protokolle und Dokumente direkt an den Kaufmann „postlagernd Mainz“ gesandt worden, der sie aber schließlich nicht mehr abholen konnte. Er war inzwischen im Zusammenhang amerikanischer und deutscher Behörden verhaftet worden, weil er auch dem US-Nachrichtendienst Geheimakten zum Kauf angeboten hatte.

Der „Alte“ von Bonn

Anekdoten um Dr. Konrad Adenauer

Die souveräne Art des Bundeskanzlers und seine außerordentliche Improvisationsgabe lassen oft vergessen, daß er nur Mitautor und bestenfalls Hilfsregisseur der Anfänge deutscher Nachkriegspolitik ist, die durch einen total verlorenen Krieg und dessen politische und moralische Attribute in Szene gesetzt wurde. Er hat sich in diesem Stück so eingelegt, daß sich heute noch niemand eine andere Besetzung der von ihm übernommenen Rolle vorstellen kann, solange nicht der nach jeder Schwäche ausspähende, in der Kulisie wartende Gegenspieler Dr. Schumacher auf den ersehnten Platz gerufen wird. Die Voraussetzung der Popularität erfüllt der sozialdemokratische Oppositionsführer bisher aber nur in wesentlich geringerem Maße als der Kanzler, dessen Tätigkeit bereits in den Anekdotenschatz der Gegenwart Eingang findet. Die menschlichen und politischen Seiten, die dabei den Inhalt und die Pointe der Scherzreden über den „Alten“ ergeben, sind zwar nicht immer schmeichelhaft, aber sie zeigen doch ein Interesse an der Person des rheinischen Matadors, das weder „Papa Heuß“ noch irgend ein anderer führender Politiker der Bonner Demokratie bisher in gleichem Maße zu wecken vermochte.

Außenpolitisch interessant ist eine amerikanische Version über die ab und zu stattfindenden Kanzlerbesuche auf dem Petersberg. Sie spricht — unter Ausserachtlassung des französischen Hochkommissars — von den „Großen Drei“, also McCloy, Kirkpatrick und Adenauer, die wieder einmal miteinander konferiert hätten. Das innenpolitische Geschick und die Beherrschung aller parlamentarischen Mittel wird an der Geschichte deutlich, die sich mit der viel diskutierten „Wahrheitsliebe“ des Kanzlers beschäftigt. So fragte ein CDU-Abgeordneter seinen Parteichef nach einer wie stets siegreich bestandenen Fraktionsitzung, in der Adenauer genau den gegenteiligen Standpunkt von dem vertrat, was er eine Woche vorher als feststehend hingestellt hatte: „Im Vertrauen, Herr Dr. Adenauer, beim erstenmal haben Sie doch wohl gelogen?“ Darauf Dr. Adenauer verschnitt: „Woher wissen Sie das?“

Als wahre Begebenheit wird in Bonn ein Gespräch zwischen dem Kanzler und einem seiner engsten Mitarbeiter, Dr. Blankenhorn, berichtet, in dem ihm dieser Vertraute mitteilt, daß die Bonner Marktkraut ihre Heringe nicht mehr als „Bismarck“, sondern als „Adenauerheringe“ verkaufen, weil sie keinen Kopf hätten. Dieser Bericht habe den „Alten“ offensichtlich beschäftigt, was eine halbe Stunde später in einem Anruf bei Blankenhorn zum Ausdruck gekommen sei: „Sie, ich habe mich inzwischen erkundigt, die Bismarckheringe haben ja auch keinen Kopf“.

Der Charme des 76jährigen und seine unglaubliche Vitalität, die sich in langen Nachtsitzungen des Bundestages erwies, haben Dr. Adenauer auch bei seinen ersten Schritten, die er als sein eigener Außenminister in Paris und Rom tat, die Verhandlungen erleichtert. Er weiß sie als humorvolle Schlagfertigkeit oder als Ermüdungsstaktik gegenüber Kritikern in den eigenen Reihen genau so geschickt einzusetzen, wie gelegentlich auch im richtigen Moment einer ungünstig verlaufenden Fraktionsitzung den Hinweis auf sein Alter oder eine leichte Erkältung, der dann eine rücksichtsvolle und rasche Entscheidung zugunsten des „greisen Kanzlers“ erwirkt. Die taktische Grundlinie seiner Politik und Arbeit ist dabei die Improvisationskunst von Tag zu Tag und von Problem zu Problem, die stets so wirkt, als ob sie einer großen Planung auf lange Sicht entspreche. Sollte das letztere auch nicht der Fall sein und seine Gegner recht haben, die von einem bloßen „Laviere von Fall zu Fall“ als Kennzeichen der Adenauer-Politik sprechen, so bleibt doch das Faktum, daß der Kanzler immer wieder im Mittelpunkt der Entscheidungen steht, die die jeweilige Lage erfordert.

Die Person Dr. Adenauers bildet damit eine gewisse und vielleicht die einzige Stabilität in der Bundesrepublik nach innen und außen, der die schwere Belastungsprobe häufiger Regierungswechsel auf diese Weise erspart bleibt. Vielleicht ist die auf 4 Jahre festgelegte und von Dr. Adenauer ausgebaute Machtkonstruktion in seiner Hand kein Musterbeispiel für demokratisches Wohlverhalten. Sicherlich kann dem Kanzler-Autokraten auch mit Recht von Freund und Feind der Vorwurf der Grundsatzlosigkeit in all den Fällen gemacht werden, die an und für sich die strikte Einhaltung von Programmpunkten oder feierlichen Versprechen verlangten. Aber es dürfte feststehen, daß die Selbstbehauptungskunst Dr. Adenauers im Wirbel der Demokratie mißverstandenen innenpoliti-

schen Interessentenkampfe und des außenpolitischen „zu wenig und zu spät“ der westlichen Alliierten eine politische Meisterleistung ist. Sie fördert zugleich die Behauptung der deutschen Position in der internationalen Politik, die den Faktor Adenauer und seinen Staat als schwer berechenbare, aber feststehende Größe inzwischen anzuerkennen beginnt. Günther Scholz.

Überraschender Erfolg Bevans
Wahlsieg des linken Labour-Flügels — Heftige Attacke gegen die Konservativen

Scarborough (UP). Der ehemalige britische Gesundheitsminister Bevan richtete auf dem Jahreskongress der Labour-Party einen ungewöhnlich heftigen Angriff gegen Churchill. „Ich glaube nicht, daß Winston Churchill einen Krieg will“, so sagte er u. a., „aber der springende Punkt ist, daß Churchill nicht weiß, wie ein Krieg zu verhindern ist.“ Bevan beschuldigte die Konservativen, sie seien daran schuld, daß die russische Revolution zu Tyrannie und Diktatur geführt hätte, weil sie nach der Revolution die alliierte Intervention in Rußland veranlaßten. „Wir wollen nicht, daß heute, wo Asien einen gleichen Übergang durchmacht, China, Indonesien und der Mittlere Osten in die gleiche Form einer totalitären Tyrannie getrieben werden, in die die Tories die sowjetische Revolution nach den Jahren 1917 und 1918 trieben.“ Bei der Neuwahl des Exekutivsausschusses der Partei fiel Außenminister Morrison vom dritten auf den fünften Platz zurück. Verteidigungsminister Shinwell erhielt so wenig Stimmen, daß er aus dem Exekutivsausschuss ausscheidet. Die sieben neuen Mitglieder sind: Bevan mit 858 000 Stimmen, Mrs. Castle (Bevan-Anhängerin) 676 000, der Journalist Driberg (linksstehend) 646 000, Kolonialminister Griffith 597 000, Außenminister Morrison 595 000, Mikardo (linksstehend) 561 000 und Dalton mit 545 000 Stimmen. Der linke Flügel errang damit die Mehrheit in der Parteiführung.

Churchill eröffnete im Liverpools Boxstadion die konservative Wahlkampagne mit schweren Vorwürfen gegen die Persien-Politik der Labour-Regierung. Entgegen der Versicherung, daß das Personal der Anglo-Irischen Ölgesellschaft zum Schutz der großen Raffinerie in Abadan bleiben werde, habe Attlee das Feld räumen lassen, ehe sich der Welticherheitsrat des Falles annehmen konnte. Der iranische Ministerpräsident Mossadeg, fuhr Churchill fort, habe die Willenskraft der Attlee-Regierung richtig eingeschätzt und zu gut gewußt, daß sie mit der Entsendung von Truppen an die iranische Grenze nur bluffen werde.

Regionaler Sicherheitsplan der UN
Kollektive Abwehr von Aggressionen — Ein Vorschlag des Militärausschusses

New York (UP). Der auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers Acheson gebildete Militärausschuss der UN veröffentlichte den Entwurf eines Planes zur Bekämpfung einer etwaigen Aggression durch regionale Gruppen nach dem Muster der nordatlantischen Verteidigungsorganisation. Zweck dieses Planes, der als erster Schritt zur Verwirklichung einer kollektiven Sicherheit betrachtet wird, ist es hauptsächlich, alle Überraschungsmomente, wie sie sich z. B. bei der kommunistischen Invasion Südkoreas ergaben, auszuschalten. Ein bestimmter Staat oder eine Gruppe von Staaten sollen künftig den Auftrag erhalten, im Falle einer Aggression als „ausführendes Militärorgan“ im Auftrag der UN zu operieren. Theoretisch können auch die im Kominform zusammengeschlossenen Staaten zu einem Eingreifen aufgefordert werden. Dieser Plan muß nunmehr vom Ausschuss für kollektive Sicherheit sowie von der Vollversammlung genehmigt werden.

Atomwaffen-Manöver in den USA
In der Umgebung von Las Vegas im Staate Nevada beginnen demnächst die ersten Atomwaffen-Manöver in den USA. Dabei sollen in erster Linie „taktische Versuche“ angestellt werden, um die Wirkung der Atomwaffen auf dem Kriegsschauplatz zu erproben, d. h., es handelt sich nicht um die Erzielung einer gewaltigen Explosion, wie bei den Versuchen im pazifischen Ozean. Gleichzeitig werden Wissenschaftler die allgemeinen Wirkungen der Atomexplosionen untersuchen, besonders die Auswirkungen auf das Kriegsmaterial.

Der republikanische Senator Lodge teilte mit, daß sich die Generalstabschefs entschieden haben, die US-Luftflotte von 95 Geschwadern auf etwa 140 Geschwader im Jahre 1954 zu vergrößern.



General Ridgway
besuchte kürzlich in Begleitung seiner Frau einen Vorort von Tokio, um sich über die Lebensweise japanischer Bauern zu unterrichten

Scharfe Kritik an der Bundesregierung

Wegen angeblich „falscher Stimmungsmache“ - Rügen für die deutsche Presse

Frankfurt (UP). Ein maßgeblicher Beamter der Alliierten in Frankfurt bezeichnete es als wünschenswert, wenn von der Bundesregierung die Bevölkerung „objektiver als bisher“ über den Verlauf der Verhandlungen mit den Hochkommissaren unterrichtet würde, anstatt durch „falsche Stimmungsmache eine künstliche Enttäuschung“ hervorzurufen.

Ferner kritisierte er die Argumentation westdeutscher Zeitungen und Politiker, die Deklaration der Washingtoner Außenminister-Konferenz habe mehr versprochen, als jetzt gehalten werden könne. In der Erklärung der Außenminister sei von Anfang an auf die Notwendigkeit der Beibehaltung gewisser Vorbehaltsrechte der Alliierten hingewiesen worden, die jetzt zum „Stein des Anstoßes“ gemacht würden. Die Vorbehaltsrechte in Bezug auf die gesamtdeutschen Probleme, die Berliner Frage und die Unterhaltung alliierter Truppen auf deutschem Boden werden angeblich „nur im Interesse des deutschen Volkes“ beibehalten, um den Westmächten einen Rechttitel gegenüber den Sowjets zu sichern.

Zur Frage gewisser Industriekontrollen sagte der Beamte, diese verfolgten den Zweck, das Wiederaufleben einer deutschen Kriegsrüstungsindustrie zu verhindern. Voraussetzungen würden deutsche Stellen gemeinsam mit den Alliierten bei der Überwachung zusammenarbeiten. Auf dem Gebiet der Weiterführung der Dekartellierungspolitik habe man „trübe Erfahrungen“ gesammelt. Die

deutschen Steuern hätten ja während über nahezu ein Dutzend Entwürfe für ein deutsches Dekartellierungsgesetz geredet, aber nicht gehandelt. Auch andere Maßnahmen auf diesem Gebiet, die auf eine Einschränkung des Wettbewerbes hinzielten, seien „nicht sehr ermutigend“, so daß man den Außenministern nicht verdenken könne, wenn sie hier Sicherungen einbauten, um die Ziele ihrer Politik nicht zu gefährden.

Ministerpräsidenten bei McCloy

Hochkommissar McCloy hat die Regierungschefs der amerikanischen Besatzungszone über die Washingtoner Beschlüsse unterrichtet und mit ihnen auch die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages erörtert. Die Konferenzteilnehmer gaben nach Abschluß der Besprechung keine Auskünfte über deren Inhalt. Lediglich der Bremer Senatpräsident Kaiser bemerkte, er habe hinsichtlich der Vorbehaltsklauseln im künftigen deutsch-alliierten Vertragswerk die Zusicherung des Hochkommissars erhalten, daß diese keine neuen Beschränkungen für den deutschen Schiffbau bringen werden.

In der Sitzung wurden, wie von amerikanischer Seite verlautet, Fragen der inneren Sicherheit der Bundesrepublik sowie die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage der Länder, Flüchtlings- und andere allgemeine Probleme besprochen. Die Ministerpräsidenten führen anschließend in die Villa des US-Hochkommissars nach Bad Homburg, wo sie Gäste McCloy und seiner Gattin waren.

Neuregelung des Notopfers Berlin

Aufkommen soll um 100 Millionen erhöht werden - Regierung beharrt auf den Steuerplänen

Bonn (UP). Das Bundeskabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf, durch den die Erhebung der Abgaben für das „Notopfer Berlin“ nach sozialen Gesichtspunkten neu geregelt und das jährliche Aufkommen um 100 Millionen DM erhöht werden soll. Wie ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums erklärte, soll die Neuregelung am 1. Januar 1952 in Kraft treten. Bisher seien jährlich 800 Millionen DM durch das Notopfer aufgebracht worden. Der Zuschußbedarf Westberlins beläuft sich aber auf 500 Millionen, zu denen 200 Millionen aus dem von Bund übernommenen Berliner Lasten kämen.

Auf eine Frage erwiderte der Sprecher, die Bundesregierung beabsichtige nicht, auf die Einführung einer Aufwandsteuer und der Autobahn-Gebühr zu verzichten. Insgesamt sechs Bundesländer haben sich inzwischen gegen das Aufwandsteuergesetz ausgesprochen. Nach Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern haben nun auch das Hessische und das bayerische Kabinett sowie der Bremer Senat beschlossen, das Gesetz im Bundesrat abzulehnen.

Erhöhung der Unfallrenten

Das Bundeskabinett billigte den Entwurf eines Rentenulagegesetzes. Danach werden Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung für Unfälle mit Wirkung vom 1. Juni 1951 um 5 bis 25 Prozent erhöht. Der Regierungsentwurf wird nunmehr Bundesrat und Bundestag zur Beschlussfassung zugeleitet.

Die Höhe der Zulage ist entsprechend der Lohnentwicklung gestaffelt. Je länger die Festsetzung der Rente nach dem Verdienst zurückliegt, desto höher soll die Zulage sein. Die Renten der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden nach dem Regierungsentwurf den heutigen Verhältnissen angepaßt, da die Leistungen sich nach den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdiensten richten.

Keine Erhöhung erfahren die Rentenempfänger, deren Erwerbsfähigkeit nicht um mehr als 50 Prozent gemindert ist. Nach Ansicht der Bundesregierung stehen diese regelmäßig in Arbeit „und nehmen auf diesem Wege an der allgemeinen Lohnentwicklung teil“.

Im übrigen erstreckt sich die Zulagegewährung in der gesetzlichen Unfallversicherung

nicht nur auf die Renten im engeren Sinne, sondern auch auf die Kinderzulagen, die Witwenabfindungen, Witwenbeihilfen, Abfindungen, Sterbegelder und auf die Familien- und Tagelöhner, soweit sie nicht dem gegenwärtigen Lohnniveau angepaßt sind.

In einem dem Bundestag vorgelegten Antrag verlangt die SPD-Fraktion von der Bundesregierung die gesetzliche Regelung der Beschäftigung von Schwerbeschädigten nach den Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes.

Warnung an VDS-Redner

Die Bundesregierung distanzierte sich in einer offiziellen Erklärung von den politischen Reden verschiedener Sprecher des Verbandes Deutscher Soldaten (VDS). Dabei wird festgestellt, die Bundesregierung habe ursprünglich die Bildung von Soldatenbünden mit Verständnis verfolgt, nachdem diese eine loyale Unterstützung des Aufbaus der Bundesrepublik zugesichert hätten. In den letzten Wochen seien jedoch von verschiedenen Sprechern des Soldatenverbandes Äußerungen getan worden, die mit den früheren Erklärungen nicht vereinbar seien. Daraus sei die Gefahr eines inneren Zwiespalts entstanden und der Kampf um das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt ernstlich erschwert worden. Die Bundesregierung bedauere dies; sie bleibe der Ansicht, daß die politische Betätigung nicht Aufgabe solcher Verbände sei.

Gleichzeitig beschloß die Bundesregierung, beim Bundestag eine jährliche Spende für das Hilfswerk für die Opfer des 20. Juli 1944 zu beantragen, die aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden soll. Das Kabinett brachte in einer diesbezüglichen Erklärung zum Ausdruck, daß es „eine Ehrenpflicht ist, für die Witwen und Waisen der von den Nazis im Zusammenhang mit dem 20. Juli Ermordeten zu sorgen“.

General a. D. Wilhelm Reinhard, der ehemalige Präsident des Reichskriegsverbandes „Kyffhäuser“, erklärte in einem Aufruf an die früheren Bundesmitglieder, daß der Verband Deutscher Soldaten heute die gleichen Ziele verfolge wie früher der Kyffhäuserbund. Er habe deshalb das Sozialwerk des Bundes zusammengefaßt und unter Wahrung seiner Selbständigkeit dem Verband Deutscher Soldaten angeschlossen.

Ostzone will 14 Punkte nicht ablehnen

Grotewohl nimmt am Sonntag Stellung - Wird Nuschke zurücktreten?

Berlin (UP). Die Ostzonen-Regierung wird am kommenden Sonntag in einem Staatsakt in der Berliner Staatsoper zu den 14 Punkten der Bundesregierung und des Bundestages Stellung nehmen. Es wird erwartet, daß Ministerpräsident Grotewohl Vertreter der Bundesorgane zu einer gemeinsamen Aussprache nach Berlin einladen wird.

Die Bonner Vorschläge für gesamtdeutsche Wahlen werden, so wird in Kreisen der Ostzonen-Regierung behauptet, von Grotewohl nicht als unannehmbar zurückgewiesen werden. Die Direktive zu dieser Haltung stammt, wie von einem hochstehenden Funktionär erläutert wurde, von dem politischen Berater der sowjetischen Kontrollkommission, Botschafter Semjonow, der mit Grotewohl und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Nuschke (Ost-CDU) am Montag und Dienstag wieder ausführliche Unterredungen geführt und die Minister angehalten habe, unter allen Umständen zu einem Gespräch mit Bonn zu gelangen.

Mitglieder des SED-Zentralsekretariats erwarten für das kommende Wochenende auch eine Klärung der Situation für die „Sozialistische Einheitspartei“, da bis dahin der SED-Generalsekretär Ulbricht und der Präsident der Ostzone, Pieck, aus der Sowjetunion zurückkehren sollen. Leitende SED-Funktionäre meinen, Ulbricht werde „sein ganzen Einfluß aufbieten“, um Semjonow von dem Gedanken einer gesamtdeutschen Beratung abzubringen. Bürgerliche Politiker halten dem jedoch entgegen, daß die Grotewohl-Beden und der Volkskammer-

appell nicht einer neuen Idee Semjonows, sondern Direktiven aus Moskau entsprächen.

Angehörige des bürgerlichen Lagers sind sich mit den Funktionären der SED darin einig, daß die nächste Zeit eine schwere Machtprobe zwischen Grotewohl und Ulbricht bringen werde. „Grotewohl wird baden gehen, wenn er mit seinen Vorschlägen für eine gesamtdeutsche Beratung nicht durchkommt“, meinte ein Minister der Ost-Regierung ganz offen. Bürgerliche Politiker, die für den Fall eines Fehlschlagens der neuen „Einheits-Aktion“ die radikale Umformung der Ostzone zu einer „Volksdemokratie“ befürchten, glauben, daß dann Ulbricht an die Spitze der Regierung rücken würde. Von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Nuschke wird in der Ost-CDU-Führung gesagt, daß er in absehbarer Zeit aus „gesundheitlichen Gründen“ zurücktreten werde.

Wahlgesetz wird ausgearbeitet

Bundesminister Kaiser sagte in Bonn, das von der Bundesregierung angekündigte Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen werde möglicherweise schon in der nächsten Woche fertiggestellt werden. Das Wahlgesetz werde auf dem Entwurf des Königsteiner Kreises aufbauen und könne nur mit Hilfe der Besatzungsmächte wirksam werden. Zu einer möglichen Verlegung seines Ministeriums nach Berlin erklärte Kaiser, daß er es in dieser entscheidungsvollen Zeit versuchen werde, zugleich in Berlin und in Bonn zu sein.

Regierungskrise in Westberlin? In Westberlin zeichnet sich inzwischen eine

Regierungskrise ab, die unter Umständen zum Ausscheiden der SPD aus der gegenwärtigen großen Koalition und zum Rücktritt des regierenden Bürgermeisters Reuter (SPD) führen kann. Hervorgehoben wurde die Krise durch die SPD, die mit der Regierungserklärung des Bürgermeisters besonders in der Schulfrage und dem Besmenrecht nicht einverstanden ist. Die SPD wendet sich besonders gegen die Regelung der Schulfrage, die wegen der Beibehaltung der Gymnasien und der Abschaffung der Einheitschulen schon Anfang des Jahres bei der Regierungs-Neubildung eine Beteiligung der SPD in Frage stellte. Reuter erklärte vor kurzem, der Senat werde diese Schulpolitik fortsetzen. Die Berliner SPD fühlt sich deshalb von ihrem Parteifreund Reuter vor vollendete Tatsachen gestellt.

„Militärischer Sieg in Korea möglich“
Bradley wieder in Tokio — Noch keine Antwort auf Ridgways Vorschlag

Seoul (UP). Der Chef des US-Generalstabes, General Bradley, erklärte bei seinem Frontbesuch, die Alliierten könnten den Krieg in Korea auch militärisch gewinnen, falls es zu einem endgültigen Abbruch der Waffenstillstands-Verhandlungen kommen sollte. Bradley kehrte inzwischen mit seiner Begleitung, General Ridgway, General van Fleet, dem Rußlandsachverständigen des US-Außenministeriums Bohlen und dem US-Botschafter in Südkorea, Muccio, nach Tokio zurück.

Radio Pjöngjang erklärte, der gute Wille der Amerikaner und nicht die Frage des Konferenzortes seien entscheidend für die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Forderung des UN-Kommandos auf eine Verlegung des Konferenzortes zielt klar auf den Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen hin. Zum Vorschlag General Ridgways vom letzten Donnerstag schweigend das kommunistische Oberkommando auch weiterhin.

Über Nordkorea kam es zu einer der größten Luftschlachten des Krieges, in deren Verlauf sechs Düsenjäger sowjetischer Bauart abgeschossen wurden. Die alliierten Luftstreitkräfte erlitten keine Verluste. An der Front gingen die schweren Kämpfe weiter. Radio Pjöngjang meldete, kommunistische Streitkräfte hätten an der Westfront in letzter Zeit eine Anzahl „japanischer Soldaten“ als Gefangene eingebracht. Es habe sich herausgestellt, daß eine „japanische Freiwilligeneinheit von 2000 Mann Stärke“ von den Alliierten an die Koreafont gesandt worden sei.

Schweiz will iranisches Erdöl kaufen

Teheran (UP). Aus der Schweiz sei ein Kaufangebot für 10 000 Tonnen iranisches Erdöl eingegangen, gab der Verwaltungsrat der iranischen staatlichen Ölgesellschaft bekannt. Nach der gleichen Mitteilung soll aus Deutschland — in dem Bericht wird nicht gesagt, ob es sich um Westdeutschland oder die Sowjetzone handelt — das Angebot eingegangen sein; einen 13 000-Tonnen-Tanker für den Abtransport von iranischem Erdöl zur Verfügung zu stellen.

Wie der stellvertretende iranische Ministerpräsident bekanntgab, wird Mossadeg am 8. oder 9. Oktober nach New York fliegen, um an der nächsten Sitzung des Sicherheitsrates, die am 11. Oktober stattfindet, teilzunehmen.

Eifersuchtsmord im Fuchsba

Im Lübecker Tierpark kam man einem Eifersuchtsmord auf die Spur. Eine Füchsin, die sich einen unterirdischen Stollen zum Nachbargehege bauen wollte, in dem ein einzelner Rüde saß, wurde von ihrem Gefährten totgebissen und im Stollen verscharrt. Die Tierparkwärter kamen der Eifersucht erst auf die Spur, als ihnen auffiel, daß sich die Füchsin bei Tage nicht mehr im Gehege sehen ließen, sondern das Futter nur bei Nacht holten.

Mietbeihilfen sollen in Nordrhein-Westfalen für Familien mit vier und mehr Kindern zur Verfügung gestellt werden. Hierfür hat Nordrhein-Westfalen fünf Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Die UN-Schlichtungskommission für Palästina wird nach einwöchiger Unterbrechung erneut mit den arabischen Delegierten konferieren.

Der philippinische Staatspräsident Quirino ist zu einem Staatsbesuch in Spanien eingetroffen. Er wurde von einer großen Menschenmenge stürmisch empfangen.

Bundeskanzler Adenauer gab zu Ehren des Leiters der Deutschland-Sektion im britischen Außenamt, Frank Roberts, im Palais Schaumburg ein Essen.



„Nur als Privatmann“
will Bundespräsident Heuss in Locarno die Nachwirkungen seines Unfalls auskurieren

Aus der Stadt Ettlingen

Die Letzten ihres Stammes

Die Tierpsychologen haben auf Grund zahlreicher und zweifellos wissenschaftlich sehr wertvoller Versuche festgestellt, daß die Tiere keine „menschlichen“ Gefühlsregungen kennen. Alles was wir dem treuen Hund, dem braven Pferd, dem zärtlichen Tauben usw. an Gefühlen wie Zuneigung, Liebe, Freundschaft, Mutterliebe und ähnliches mehr unterleihen wollen, sei barer Unsinn, sagt die Wissenschaft. Nun — ich will mit den gelehrten Kerren nicht streiten, denn wahrscheinlich haben sie auch sogleich eine einleuchtende Erklärung für das kleine Erlebnis zur Hand, das ich hier berichten möchte.

Bekanntlich sind die letzten Schwalben, getreu dem alten Bauernwort „An Mariä Geburt ziehen die Schwalben fort“ bereits vor einiger Zeit südwärts gewandert. Vor unserem Nachbarhaus aber, direkt unter der Dachrinne, klebt noch ein bewohntes Schwalbennestchen, und unsere ganze Familie verfolgt mit Anteilnahme den Wettlauf, den eine Schwalbenmutter gegen die Zeit und — gegen den sicheren Tod führt. Zwei Junge sitzen in ihrem Nest, offenbar Spätlinge, die nicht zur rechten Zeit flügge geworden sind. Aufgeregt schließt die Alte hin und her und stopft den Jungen die Schnäbel voll, so, als wollte sie durch doppelte Fütterung die Nistzeit abkürzen. Wo der Herr Papa weiß, weiß niemand zu sagen. Wahrscheinlich ist er bereits im warmen Afrika und läßt sich dort wohl sein, während die Mutter allein zurückbleibt, um die Jungen zu versorgen. Welch heroischer Entschluß in der Brust des kleinen Vögelchens vorging, als die anderen davonflogen, können wir nur ahnen. Wie überwältigt muß der Mutterinstinkt bei diesen gefiederten Geschöpfen ausgebildet sein, der ein solch winziges Wesen an seinem Platz bleiben heißt, trotz der Gefahr, die mit jedem Tag näher heranrückt. Ein einziger starker Nachtfrost kann die Schwalbe mit ihren Jungen erfrieren lassen! Und wie groß ist das Wagnis, allein mit den beiden unfertigen Schwalbenjungens die weite Reise in die wärmeren Zonen zu unternehmen!

Alles dies bedenkend, sehen wir täglich unserem Schwalbenmütterchen zu und begrüßen jeden warmen Tag mit Erleichterung. Mögen die Tierpsychologen sagen, was sie wollen: Ich finde das Beispiel dieser Schwalbe rührend und ergreifend, mag es auch nur „vom Instinkt im Kampf um die Erhaltung der Art“ bestimmt sein. K. G.

Zur Eröffnung der Volkshochschule

spricht am Samstag, 6. Okt., abends 20 Uhr in der Aula Kultminister Dr. G. Schenkel über seine Begegnung mit Gandhi. Der Leiter der VHS F. Emig wird das Programm des 2. Arbeitsjahres erläutern.

Von der Volkshochschule Frankfurt

besuchte heute morgen eine kunstgeschichtliche Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Dr. Wiedenbrüg die ehemalige Schloßkapelle mit den Asamgemälden.

Ein gefundenes Damenfahrrad

kann von der rechtmäßigen Eigentümerin bei der Polizeiwache im Rathaus abgeholt werden.

In den Ortsarrest

wurde eine Frau gebracht, die obdachlos bei Nacht angetroffen wurde. Am Tag der Rentenzahlung sprach ein Rentenempfänger so stark dem Alkohol zu, daß er in betrunkenem Zustand von der Polizei abgeführt werden mußte.

Wie werden die Kohlen verteilt?

Völlig unzureichende Kontingente — Kreisbeauftragte und Kohlenhändler in Nöten

Angesichts des nahenden Winters erhebt sich in der Bevölkerung immer mehr die Frage, ob bei dem schleppenden Eintreffen der Kontingente die Versorgung des Bundesministers, pro Haushalt zwei Zentner Kohle bereitzustellen, wahrgemacht werden könne. Für die Kleinverbraucher (unter 120 t) stellen die Kreisverantwortlichen in Ermangelung anderer Anweisungen Verteilerschlüssel auf, die einen gewissen Prozentsatz der im vergangenen Jahre erhaltenen Kohlenmenge je nach Bedeutung des Berufsstandes zuzurechnen. — Wenn das Bundeswirtschaftsministerium eine Zuteilung in Höhe von 92 Prozent der Kohlenmenge von 1950 verspricht, so ist diese inzwischen auf 60 Prozent gesunken.

Um mit den Kleinverbrauchern zu beginnen: Hier wurden dem Lande Württemberg-Baden vom Bundes-Wirtschaftsministerium 700 000 t zugeteilt. Davon entfielen 254 100 t (= 36,3%) auf Nordbaden, auf Nordwürttemberg aber 445 900 t (= 63,7%); diese Zuteilung erfolgte nach dem älteren Schlüssel. Von der Bundesregierung selbst waren irgendwelche statistische Angaben zur Ermittlung des Bedarfs der einzelnen Berufsstände und öffentlichen Einrichtungen benützt worden (z. B. galt bei den Bäckern der Mehlverbrauch, ohne vielleicht sogar das Kundenbrot zu berücksichtigen). Von dem nordbadischen Anteil hätte der Stadtkreis 94 676 t, der Landkreis 26 414 t benötigt.

Im Landkreis selbst bemüht sich Landrat Groß, der Beauftragte für die Kohlenverteilung seines Kreises und eine Kommission aus Kreisräten um eine gerechte Lösung. Handwerkskammer, IHK, die Innungen usw. standen mit Rat und Tat zur Seite.

Zwar wird angenommen, daß es sich zunächst einmal um eine erste Lieferung handelt. Trotzdem aber sind die Aussichten für den Winter sehr dunkel. Man könnte sich vorstellen, daß mancher kleine Handwerker sein Geschäft schließen muß. Im Landkreis sind vor allem die Bäckereien von der Kohlenknappheit betroffen, da dort bisweilen auf den Dörfern auf 300 Einwohner ein Bäcker kommt, im Stadtkreis dagegen ist das Verhältnis 700:1. Es ist zu vermuten, daß es zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit kommen wird, sollten die Kontingente nicht erhöht werden.

Die letzte Verantwortung des gelenkten Kohlenmarktes liegt bei den Händlern. Diese könnten zwar durch Einkäufe auf dem

„schwarzen“ oder „grauen“ Markt ihre Bestände wesentlich auffrischen; sie sind aber an den Preisstop gebunden, können also nicht mehr verlangen und auch nicht mehr für „schwarze Kohle“ bezahlen — denn Kohlenhändler verdienen keine Vermögen! Die Kunden versuchen inzwischen, durch irgendwelche Manöver doppelte Zuteilungen zu erhaschen. Immerhin ist es möglich, daß die Zuteilung für den Hausbrand noch etwas erhöht wird. Die weitverbreitete Meinung, daß die Industrie sich besser stelle, trifft nicht zu; diese erhält nämlich ebenfalls nur 30 Prozent ihres wahren Bedarfs.

In dem „Kampf um die Kohle“ stehen die Kohlenhändler als die Letzten in der Kette, als verantwortliche Verteiler, die nach bestem Wissen und Gewissen den spärlichen Anweisungen und dem knappen Kontingent der Lage gerecht werden sollen. Da ist zu berücksichtigen, ob mit Gas und Strom gekocht oder gar geheizt wird; dort wieder wird ein Hausbesitzer, der unglücklicherweise eine Dampfheizung sein Eigen nennt, vergeblich versuchen, etwas über die Norm zu erhalten. Denn würde ihm der Kohlenhändler mehr geben, so müßte er es auf der anderen Seite jemand abziehen.

Und was sagt das Bundeswirtschaftsministerium dazu? Es sei stärkstens eingeschränkt worden durch:

1. die Aufrechterhaltung der hohen Kohlenexportmenge von 6,2 Mill. t für das laufende Quartal und die erneute Festsetzung der gleichen Menge für die IV. Quartal.
2. die Verdreifachung des Besatzungsbedarfs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres;
3. die wesentlich höhere Versorgung der Stadt Berlin;
4. die unbedingt erforderliche Bereitstellung bescheidener Vorräte für die Verkehrs- und Energiebetriebe (Bahn, Schifffahrt, Gas, Wasser, Elektrizitätswerke);
5. die unerläßliche Mindestversorgung der Industrie zur weitestmöglichen Sicherung der Arbeitsplätze.

Unglückliches Land, das die größten Kohlenvorkommen besitzt — und die kleinsten Zuteilungen nur seinen Bürgern zukommen lassen kann. Kann man es diesen verdenken, wenn sie mit neiderfüllten Blicken an Kasernen und Wohnungen vorbeugehen, wo die Schornsteine emsig rauchen?

das Gerweid. Auch die stolze Gabelweide läßt sich jetzt nicht mehr sehen. Sie ist dem nahenden Winter bereits ausgewichen und jagt wohl jetzt schon über den Dächern von Kairo, wo sie sich alljährlich mit Tausenden ihrer Art zusammenfindet.

An der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe

beginnt Ende Oktober ein zweijähriger Ausbildungslehrgang für Hauswirtschafts- und Turnlehrerinnen. Bewerbungen um Aufnahme sind bis spätestens 15. Okt. an die Landesbezirksdirektion des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe, Nordl. Hildapromenade 2, zu richten. Aufgenommen werden Bewerberinnen im Alter von 19 bis 26 Jahren, die das Versetzungszugzeug nach Klasse 7 einer Höheren Schule und eine abgeschlossene 3jährige fachliche Vorbildung in Handarbeit und Hauswirtschaft nachweisen können; außerdem wird gutes Können auf dem Gebiet der Leibesübungen vorausgesetzt. Näheres hierüber ist aus einer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landesbezirks Baden (Nr. 25), das auf den

Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, ersichtlich.

Noch wenige Plätze für die Rheinfahrt

Für die Sonderfahrt, die am 6. und 7. Oktober für zwei Tage zur Weinlese an den Rhein führt, ist noch eine beschränkte Anzahl Karten vorhanden. Die Fahrt einschließlich Übernachtung und vielerlei Darbietungen kostet nur 24,50 DM. Anmeldungen werden entgegengenommen in Karlsruhe, Karl-Hoffmann-Straße 7 (bei der Bahnpost), Tel. 4234 und Gartenstraße 2a, Tel. 3286; in Ettlingen in der Geschäftsstelle der EZ.

Gläubigernot — Schuldnernot

Die angespannte Wirtschaftslage erfordert einen flüssigen Zahlungsverkehr. Denn der Gläubiger von heute kann leicht der Schuldner von morgen sein. Ein nichtzahlender Schuldner gefährdet seinen Gläubiger, Erfüllungsgestörte Verbindlichkeiten möglichst rechtsfriedlich in Fluß zu bringen oder aber dem Gläubiger schnell und sicher zu seinem Recht zu verhelfen. Große Bedeutung hat hier der Zahlungsbefehl, durch den fast 75% aller bei Gericht anhängig gewordenen Ansprüche verfolgt werden. Dieses Mahnverfahren kann dadurch zu einem rechtsfriedlichen Ergebnis geführt werden, daß der Rechtspfleger des Amtsgerichts auf Antrag eine Ratenzahlungs- oder Stundungsvereinbarung zwischen den Parteien vermittelt. Der daraufhin zu erlassende Vollstreckungsbefehl würde die Einschränkung enthalten, daß der Schuldner seine Schuld in genau bestimmten Raten zu tilgen hat, und daß der gesamte Restbetrag fällig ist, wenn eine Rate eine Woche rückständig bleibt. Diesen Vorschlag macht Rechtspfleger Justizoberinspektor Berner in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Deutsche Rechtspfleger“ 1951 S. 395 auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen. Auf diese Weise würden die meisten gegen den Zahlungsbefehl eingelegten Widersprüche nicht zum Prozeß führen. Der Gläubiger würde nach und nach befriedigt, den Schuldner würden seine Leistungen nicht zum Ruin führen, und der Frieden zwischen den Parteien könnte wiederhergestellt werden. Der Gläubiger aber hätte einen Teil in der Hand, aus dem er bei eintretender Säumnigkeit des Schuldners sofort vollstrecken könnte.

Motorradfahrer langsamer fahren

Am Dienstagmorgen wollte ein Motorradfahrer aus Reichenbach ein in Richtung Busenbach fahrendes Pferdewagenfahrzeug in der Nähe der Papierfabrik Gebr. Buhl überholen. Durch einen entgegenfahrenden Motorradfahrer aus Spielberg glaubte er sich genötigt zu sehen, scharf rechts zu halten. Dabei fuhr er den Pferdehalter an, der Prellungen erlitt. Dieser Fall zeigt erneut, daß Motorradfahrer ihr Tempo mäßigen sollten.

Verbands-Nachrichten

Tierschutzverein Ettlingen und Umgebung

Zum Welttierschutz am 4. Oktober halten wir eine Mitgliederversammlung im Gasthaus zum „Nagel“ ab, zu der alle Mitglieder, Tierfreunde und Tierschützer freundlichst eingeladen werden. H.S.

VdK, Ortsgruppe Ettlingen

Am kommenden Samstag von 14 bis 17 Uhr halten wir wieder unsere Sprechstunde ab für alle Mitglieder und Bedürftigen. Die Sprechstunde ist im Schloß — Schloßhof rechts in der Hildaschule (siehe Wegweiser). H.S.

Beim internationalen Windhundrennen

auf dem Stuttgarter Killisberg am Sonntag, 7. Okt., nimmt auch der Windhundrennverein

AUTOBIOGRAPHIE des Pfarrers Augustin Kast

III.

Messkirch hat sechs Filialorte; es waren deshalb vor mir und nach mir stets drei Geistliche dort; ich mußte natürlich wieder mit einem Vikar durchkommen. Daneben war ich weitgehend Redakteur des dortigen Blattes. Die katholischen Männer, auch junge, hatten gelernt zusammenzuhalten. Als die Pfarrei ausgeschrieben war, ging eine Deputation zum Fürsten zu Fürstenberg, um ihn zu bitten, die Pfarrei mir zu verleihen; der erklärte ihnen aber, er lasse sich nichts abtrotzen. So wurde ich als Benefiziat nach Überlingen versetzt; aber ehe ich dort war, starb der Pfarrer Dr. v. Rüpplin, und so wurde ich abermals Pfarrverweser. Einen Vikar hatte ich dort glücklich drei Wochen lang; später waren stets zwei dort. Das große Münster war ganz baufällig. Wenn ich am Hochaltar stand, hörte ich hinter mir öfters mehrere Male während des Gottesdienstes, wie Brocken von der Decke herunterfielen. Deshalb schrieb ich eines Tages nach Freiburg: „Ich lehne die Verantwortung für einen baulichen Zustand unbedingt ab.“ Es kam der Baudirektor J. und erklärte schließlich: „Und ich lehne die Verantwortung auch ab!“ So schlossen wir den Lotterievertrag mit Petzter-Stuttgart zugunsten der Restaurierung des Münsters und führten die völlige Erneuerung des Chores der Kirche im Innern durch. Das war der Anfang der gewöhnlich am meisten Schwierigkeiten macht. Ebenso wurde damals die Erneuerung der Kapelle in Goldbach durchgeführt. Ich gründete dabeist auch einen kath. Frauenverein, der alsbald eine Schule für weibliche Handarbeiten einrichtete, die heute noch blüht.

Die Pfarrei konnte ich nicht bekommen, weil ich noch zu jung sei, wie es immer hieß. So kam ich nach Oos. Den Vikar ließ man mir einen Tag und dann konnte ich mich allein durchheulen. Ich hatte wieder 18 Stunden Schule wöchentlich; wie oft hat mir die Lunge weh getan vom vielen Reden.

So kam der Weltkrieg. Mein damaliger Vikar K. ging im Sept. 1914 als Divisionspfarrer in den Krieg und ich blieb wieder allein. Ich organisierte dahelien die Hilfe für die draußen und deren Angehörige; letztere wurden unterstützt. Den Soldaten nähme man Wäsche in großer Zahl; alle bekamen Lesestoff und von Zeit zu Zeit größere Pakete. Widerwärtig wurde mir bald die Zankerei der Kriegerfrauen. Jede meinte, die andere bekomme mehr; deshalb entschloß ich mich, selbst in den Krieg zu ziehen. Ich wurde im Sept. 1915 vom 26. Reservekorps angefordert und zog von Kassel aus in den Krieg. Hier wurde ich Frontpfarrer der 52. Res. Inf. Division. Als

solcher hatte ich die meisten Toten zu begraben. Ich weiß nicht, ob jemand auf dem vielgeannten Ehrenfriedhof Langemark-Nord so viele beerdigt hat wie ich; denn die meisten Soldaten, die dort begraben liegen, sind Katholiken; Badener und Rheinländer; Studenten sind fast keine drunter. Wiederholt schwebte ich in unmittelbarer Lebensgefahr durch Bomben und Granaten. Um leichter zur Front zu kommen, beschaffte ich mir ein Fahrrad. Ich mußte allerdings das Fahrrad erst lernen; dabei wollte ich im Mai 1916 einem Lastwagen ausweichen. Bog aber den Abhang hinunter und brach den oberen rechten Arm dreimal. So kam ich also ins Lazarett und mit dem Sanitätszug nach Aachen und zuletzt nach Baden-Baden. Nach fünf Monaten war ich wieder hergestellt; ich hätte ruhig dabeibleiben können; doch ich glaubte, das gäbe ein schlechtes Beispiel, so meldete ich mich zum zweiten Male freiwillig in den Krieg. Ich kam als Nachfolger des Prälaten Dr. Schlatter zur 15. Landwehr-Division bei Noyon und später nach dem Osten. Im Juli 1917 wurde ich nunmehr als Divisionspfarrer zur 2. Garde-Res. Division versetzt, die ich in den schweren Kämpfen um Ypern traf. Hier war ich Nachfolger des Generalvikars Dr. Leinz. Mit dieser Division habe ich dann schwere und große Kämpfe bestanden bis zum Ende.

In der Notzeit der Revolution daheim gab es in einem großen Ort mit vielen armen Familien für einen sozial eingestellten Pfarrer überreiche Arbeit; ich stellte zwei Hektar Wiesenfeld der Pfarrei zur Anlage von Kleingärten für arme Leute zur Verfügung, hatte eine Kreditkasse gegründet und schließlich eine Baugenossenschaft, der ich in der Inflationszeit über zwei Hektar Baugelände erwarb, das heute vollständig überbaut ist und in dessen Häusern gegen 400 Leute wohnen.

Die Kirche forderte eine Herstellung im Innern und Außen. Der Turm drohte einzustürzen. Am Sonntag nach Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen stieg ich auf die Kanzel und sagte meinen Pfarrkindern: „Jetzt ist es höchste Zeit, daß wir unsere Kirche in Ordnung bringen; denn wenn sich diese Bedingungen einmal auswirken, habt ihr kein Geld mehr übrig!“ Mit vieler Mühe und Energie gelang das schöne Werk mitten in der Inflationszeit. Der Maler August Pfister aus Gruol bat mich immer wieder, ihm zu sitzen, damit er mich in der Kirche im Bilde festhalten könne; schließlich gab ich nach und sagte ihm: „Nun, so malen Sie mich, wie ich unserm Heiland das Kreuz tragen helfe durch die Welt; denn das ist Priesterlos und -aufgabe.“

Und so bin ich dort zu sehen als Simon v. Cyrene. Der Maler wohnte und aß während der ganzen Zeit bei mir auf meine Kosten. Mit dem Geld, das er erhielt, und mit einigen tausend Mark, die ich ihm noch dazu lieh, kaufte und bezahlte er sich in Lichtental ein Haus. Als die Inflation vorüber war, sagte er mir, das Geld, das ich ihm geliehen, hätte einen Goldwert von 250 RM gehabt, ob er mich dafür malen dürfe. So bekam ich ein Bild und er hatte ein Haus.

Mitten in der Inflationszeit haben wir für die Ooser Kirche eine neue Orgel mit elektrischem Blasewerk beschafft. Dies war deshalb nicht leicht, weil noch kein Stromnetz im Ort war. Wir mußten erst vom fernen Bahnhof eine Leitung legen, wodurch es dann aber auch möglich war, der Kirche als dem ersten Gebäude elektrisches Licht zu beschaffen.

Oft habe ich in jener Zeit gesagt und seitdem wiederholt: „Es ist nicht schön zu leben für den, der die Dinge und ihre Entwicklung immer eine Nasenlänge der großen Masse vorausieht“; denn es gibt dann immer Leute, die über einem schimpfen und kritisieren, und was nützt es, wenn man nach geraumer Zeit dann wieder hören kann, der Pfarrer hat halt doch recht behalten! Etwas Abneigung bleibt bei solchen zweifelhaften, mit Dummheit begabten Menschen doch immer hängen.

Es ist auch von lästigen Konsequenzen, wenn der Pfarrer in einer politisch zerrissenen Gemeinde durch sein Urteil und sein Schaffen etwas bedeutet; man nimmt ihn gern als Kronzeugen für sich in Anspruch; auch wenn er mit der Streitsache gar nichts zu tun hat; und dann ärgert sich die Gegenpartei wieder über den Pfarrer. Ich habe nach solchen Erfahrungen einmal gesagt: „Jetzt will ich doch einmal zählen, wie oft man über mich in der Gemeinde läßt.“ Und siehe, ich stellte fest, daß ich innerhalb von 14 Tagen nicht weniger als 12 Fälle hören mußte, wo man mir Dinge nachsagte, die ich nie getan, oder Äußerungen in den Mund legte, die ich nie ausgesprochen.

Gefährlich ist auch der Neld geistig Unmündiger, die auch gerne eine Rolle spielen möchten. Einmal sagte jemand zu mir: Ihr Unglück ist, daß Ihnen alles gut gelingt, während Ihre Gegner nichts fertig bringen. Das ist es, was sie Ihnen nicht verzeihen können.“ Er hatte recht. Das sind Lebenserfahrungen, die man immer wieder machen kann, zuzumal in so aufgeregten Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen die Bevölkerung in verschiedenen Parteien zerrissen ist. So war es auch in Oos, was der Anlaß zu vielen Streitigkeiten war. Ich bemühte mich wiederholt, die Gegensätze zu überwinden und eine gemeinsame Phalanx zu bilden gegen jene, die mit dem Geist der Gottlosigkeit auch den des dauernden Widerspruchs gegen jeden vernünftigen Vorschlag verbinden, der nicht von ihnen selber gemacht wird.

(Schluß folgt)

Karlsruhe teil. Aus Ettlingen sind zwei Afghanen des Herrn Anton Deubel und drei Barzois des Herrn Schmittgall gemeldet.

Es sind 26 Rennen vorgesehen, die über die 300 m lange Bahn im „Tal der Rosten“ gehen. 4 englische, 6 französische, 4 holländische, 24 schweizerische und 5 US-amerikanische Rennhunde, darunter die besten des europäischen und amerikanischen Kontinents, streiten mit 68 deutschen Rennhunden um den Sieg.

Besonders stark besetzt sind die Rennen der Whippets und Greyhounds. Unsere deutschen Rennhunde 1951, die alle in Stuttgart am Start sein werden, dürften es schwer haben, gegen die ausgezeichneten Rennhunde des 7. Leibhusaren-Regiments der englischen Königin anzukommen und auch keinen leichten Stand haben gegenüber den französischen Rennhunden aus der Zucht der Comtesse de Saint-Seine, die schnellsten Hunde Frankreichs. Die Schweizer Teilnehmer bringen ebenfalls ihre Landessieger in beiden Hundeklassen an den Start. Gestritten wird um den „Preis der Nationen“, bei dem die in den Vorläufen ermittelten je zwei besten Hunde einer Nation gegeneinander streiten.

Bei den Barzois streifen amerikanische, schweizerische und deutsche Rennhunde um den Sieg. Es dürfte den Ausländern schwerlich gelingen, dem deutschen Rennhunde aus München den Sieg streitig zu machen.

Bei den Afghanen sind nur deutsche Teilnehmer am Start aus München, Mannheim, Karlsruhe, Hamburg und Stuttgart. Ein Scharenrennen tragen unter sich aus zwei in holländischem Besitz befindliche Wolfshunde. Das sind die größten Windhunde und die größte Hunderasse überhaupt, die auf der Ausstellung, zu der über 1800 Tiere gemeldet sind, vertreten sein werden.

Die Eintrittspreise sind besonders niedrig angesetzt. Ein Sitzplatz kostet 50 Pf., ein Stehplatz 20 Pf. Es geht den Veranstaltern darum, die Windhundenrennen, eine vor allem in England sehr populäre Sportart, auch bei uns heimisch zu machen.

Capitol

„Die Erbin“

Dieser Film bietet ein ganz besonderes Erlebnis, denn er weicht von der großen Zahl der Massenfilme ab. Der Reichtum einer hällischen Frau wird von einem gut aussehenden Mann geliebt. Als er um die Hand jener verblödeten Frau bitten will, droht ihr Vater, sie zu entehren und verbietet dadurch eine Heirat. Aber der Liebhaber Morris verspricht ihr, sie zu entführen. Sie wartet vergeblich, denn für Morris hat eine Frau ohne Besitzum keinen Wert mehr.

Jahre vergehen. Chaterines Vater ist inzwischen verstorben und ihr ein großes Erbe hinterlassen. Da erscheint wieder ihr früherer Liebhaber Morris, denn jetzt ist ihm der Reichtum sicher, auf den er es schon damals abgesehen. Chaterine geht auf seine Werbung ein — aber nur scheinbar. Als er sich ihr Jawort holen will und an der Haustür um Eintritt bittet, verriegelt sie die Tür.

Olivia de Havilland, Montgomery Clift, Ralph Richardson spielen die Hauptrollen in diesem Film, der noch heute in den Capitol-Lichtspielen läuft.

Uli

„Derby“

Hannelore Schroth wird aus dem ländlichen Idyll eines Gestüts in den Wirbel atemberaubender Ereignisse gerissen. Ihr Jugendfreund, der Tierarzt Heinz Engelmann, ist mit ihrem Entschluß, das Fohlen Atalanta zum Reitpferd auszubilden zu lassen, gar nicht einverstanden. Fast droht es deswegen zum Bruch zu kommen. Willy Frisch interessiert sich als sympathischer Gestütsbesitzer nicht nur für Pferde. Die ohnedies schon schwierige Lage scheint sich zu komplizieren, als Gerda Maria Terno sich als Besitzerin des Favoriten Hämnbil in den Bezirken der Liebe und des Sports als gefährliche Gegnerin entpuppt. Bei einem Derby bringen die Rivalen ihr Rennen zum Austrag. Mit dem erregenden Kampf in der Bahn, der nach unvorhergesehenen Zwischen-

fällen mit einem Überraschungssieg endet, entscheidet sich das Schicksal dieser vier Menschen, deren Leben mit dem Erfolg ihrer Pferde eng verbunden ist. Die Uli zeigen nur noch heute „Derby“.

Aus dem Albqau

Wie wird der Engerling bekämpft?

Spielberg. Vergangenen Samstag wurden die Landwirte zu einer Versammlung eingeladen. Landw.Rat Noe (Augustenberg) hatte sich zur Verfügung gestellt, um in einem lehrreichen Vortrag über die Engerlingbekämpfung zu sprechen, denn auch auf unserer Gemarkung ist der Engerling in diesem Jahr der Schädling Nr.1. Der Redner zeigte verschiedene Wege, wie man den Schädling bekämpfen könne. Zuerst ist die mechanische Bekämpfung mit Kultivator und Egge zu nennen. Die Wiesen soll man mit einem schweren Walze walzen. Die chemische Bekämpfung mit den bekannten Mitteln wäre zwar durchschlagender, aber die Kosten sind für dieses Verfahren für den Landwirt kaum erschwinglich. Es müßte ein Weg gefunden werden, wie mit Unterstützung des Staates die Anschaffung der Mittel möglich wäre. Ein großer Feind der Engerlinge wären ja auch die Schwarzkittel, aber über deren Bekämpfungsmethoden kommen die Landwirte vom Begen in die Traufe. Dem Redner wurde für seinen Vortrag Beifall gezollt und sein Versprechen, im Winter einen Vortrag über die Schweinemasst zu halten, wozu dann auch die Frauen erscheinen sollen, mit Befriedigung aufgenommen.

Amtmann Weinspach überreichte auf dem Rathaus als Vertreter des Landrats in einer Feierstunde an Straßenwärter I. R. August Dietz für 40jährige treue Dienste ein Ehren-diplom des Landesbezirkspräsidenten. Ein Geschenkkorb, gestiftet vom Landkreis, wurde dem Geehrten ebenfalls überreicht. Herr Weinspach sprach im Beisein des Gemeinderats dem am 1. September in den Ruhestand getretenen Beamten den Dank für seine dem Staat geleistete Arbeit aus. Er wünschte ihm einen geruhensamen Lebensabend. Den guten Wünschen schloß sich Bürgermeister Bischoff in kurzen Worten an.

Ernste Krise des Aertztestandes

Denkschrift des Aertzestages - Schlechte Bezahlung - Neue Verordnungen gefordert

Steigender Arztleiberschuß, unzulängliche Bezahlung, rückständige Berufsausbildung und fehlende, uneinheitliche oder veraltete Berufsverordnungen haben die deutschen Ärzte in eine schwere Notlage gebracht.

In einer an Bitten des Bundeskanzlers vom Präsidium des Deutschen Aertzestages angefertigten Denkschrift wird festgestellt, daß zur Versorgung des Bundesgebietes 50.000 Ärzte genügt. Nach den neuesten Schätzungen gebe es aber zur Zeit bei einer Bevölkerung von 48 Millionen schon 65.476 Ärzte in Westdeutschland. 1932 gab es bei einer Bevölkerung von 45,3 Millionen schon 59.217 Ärzte. Von diesen 65.476 Ärzten praktizieren nur 37.281 frei; von diesen seien wiederum nur 31.038 zu RVO-Kassen (Reichsversicherungsordnung) und 2622 zu Ersatzkassen zugelassen; 3599 niedergelassene Ärzte arbeiten also ohne Kassenzulassung, das heißt ohne jede Sicherung. Als arbeitslos registriert sind nach der Denkschrift rund 4500 Ärzte. Doch täusche diese Zahl, weil darin nicht die ehrenamtlich oder für geringes Entgelt arbeitenden, statistisch nicht erfassbaren Assistenzärzte einbegriffen seien, deren Zahl auf 13.000 geschätzt wird.

1956: 23.000 Ärzte zuviel

Trotz dieser bedrückenden Zahlen hätten sich nur wenige junge Leute von einem Medizinstudium abbringen lassen, denn im Sommersemester 1956 studierten nicht weniger als 14.469 Studenten Medizin, so daß die Zahl der Ärzte 1956 bei einer Bevölkerung von 49,25 Millionen auf rund 73.001 ansteigen werde. Außer einer Reform des Medizinstudiums durch Erlaß einer neuen Bestallungsordnung und einer Neuordnung des Facharzt-

Die Quoten des Sport-Totos West-Süd

Zwölferwette: 1. Rang: 12 Gewinner je 40,82 DM; 2. Rang: 462 Gewinner je 1063,50 DM; 3. Rang: 5124 Gewinner je 94,00 DM. Zehnerwette: 1. Rang: 77 Gewinner je 3994,80 DM; 2. Rang: 2054 Gewinner je 138,30 DM; 3. Rang: 18.509 Gewinner je 18,10 DM. (Ohne Gewähr.)

Table with 3 columns: Rank, Winner Count, Payout. Lists winners for various clubs like Wormatia Worms, FC Kaiserslautern, etc.

Table with 3 columns: Rank, Winner Count, Payout. Lists winners for various clubs like FC Nürnberg, VfB Stuttgart, etc.

Table with 3 columns: Rank, Winner Count, Payout. Lists winners for various clubs like Hessen Kassel, FC Augsburg, etc.

Steno-Ecke

Ortsporto ausnutzen!

Handwritten notes and signatures in the Steno-Ecke section.

Können Sie das lesen? Wenn nicht oder nicht mehr, dann besuchen Sie die Lehrgänge und Übungsabende des Stenografievereins Ettlingen. Von dieser Woche ab ist das Unterrichts- und Übungslokal im Gebäude des Realgymnasiums Ettlingen (nicht mehr Gewerbeschule), Eingang Pforzheimerstraße, Vordergebäude, Erdgesch.

Table of exchange rates for various cities like Zürich, New-York, London, Paris, etc.

Deutsche Wertpapierbörsen

Table of stock market data for Frankfurt, including AEG, Adlerwerke, Degussa, etc.

Obstgroßmarkt Oberkirch. Preise am 1. Okt.: Pfirsiche 15-28, Äpfel 10-28, Birnen 20-24, Nüsse 55-57, Pflze 15-85.

Rheinwasserstand am 2. 10.: Konstanz 331 (-2), Rheinfelden (-), Breisach 168 (-8), Straßburg 228 (-10), Maxau 394 (-14), Mannheim 251 (+5), Cauh 156 (+6).

Wettervorhersage

Am Mittwoch und Donnerstag Fortdauer der meist trockenen Witterung, zeitweise noch hochnebelige Bewölkung, die vor allem im Westen langsam auflodert. Temperaturen wenig verändert, Winde vorwiegend um Südost bis Ost.

Barometerstand: Veränderlich-schön. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +11°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albqau, Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187. Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Pilo poliert jeden Schuh. Logo and brand name.

ZU VERKAUFEN

Gebr. Küchenherd (weiß) zu verkaufen. Anzusehen am Samstag mittag v. 3-6 Uhr. Zu erf. unter 3462 in der EZ

Auf m. Lager billig abzugeben: 1 weißes Bett, 1 Kommode, 1 Küchenschiff, 1 Regulator, 1 D.-Schreibtisch, 1 gr. Spiegel, 2 kleine Spiegel, 1 Lexikon, 1 Posten Roggshaare, 1 Küchen-tisch, 1 gr. Zimmertisch mit Marmor, etl. Stühle, 1 Kinder-matratze und versch. Adolf Kraft, Möbeltransport, Rhein-straße 8 beim Kino

Prima Muttererde hat sofort billig abzugeben. Badeanstalt Wenz, Ettlingen

Mostobst zu verkaufen. Durlacher Straße 31.

Grundstück (Wiese) 31 Ar, in Stadtnähe, zu verkaufen. Zu erf. unter 3468 in der EZ

Kraftol. Für die Schweinemast und zur Aufzucht von Jungtieren aller Arten. Dorsch - Lebertran - Emulsion mit hoh. Gehalt an Aufbaustoffen u. Vitaminen. Verkaufslager: Badenia - Drogerie Rudolf Chemnitz

ZUMIETEN GESUCHT

Größ. möbl. Zimmer, in ruh. Hause, mögl. in Gartenviertel gel., geg. gute Bezahlg. ges. Angeb. unter 3461 an die EZ

Garage oder Unterstellraum f. Pkw. dringend zu mieten gesucht. Angabe unter 3460 an die EZ

Suchen gut möbliertes, heizbares Zimmer für Servierfräulein zum 15. Oktober 1957

Hotel Erbprinz

Albtal-Perle. Am Samstag, den 6. Oktober VfL Neckarau - VfB Mühlburg. Abfahrt 14 Uhr Schüllerschule, Fahrpreis 4.50 DM. Anmeldungen bei Bekir, Krause und Wäldin, Scheffelstraße 27, Telefon 357

BEKANNTMACHUNGEN

In der Gemeinde Malsch ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Nach den Bestimmungen des VSG vom 26. 9. 1909 wird die Gemeinde Malsch zum Sperrbezirk und die Gemeinden Völkersbach und Sulzbach zum Beobachtungsgebiet erklärt.

Im Landkreis Karlsruhe zählen nunmehr folgende Gemeinden zu den nachgenannten Schutzbezirken:

- a) Sperrbezirk: Bretten, Dürrenbüchig, Forchheim, Jöhlingen, Malsch, Rinklingen, Söllingen, Weingarten. b) Beobachtungsgebiet: Berghausen, Blankenloch, Bächig, Diedelsheim, Ettlingen, Gölshausen, Graben, Grötzingen, Hohenwettersbach, Kleinsteinbach, Mörsch, Neuburgweiler, Ruit, Spielberg, Sprantal, Staffort, Stupferich, Sulzbach, Völkersbach, Wolfartsweiler, Wöschbach und Wössingen.

c) 15 km Umkreis. Alle übrigen Gemeinden des Landkreises Karlsruhe. Die zur Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche angeordneten Maßnahmen können bei den Gemeindeverwaltungen des Landkreises Karlsruhe eingesehen werden. Der Landrat

Der Kenner lobt, der Zweifler probt: BADENIA-PUTZOEL. das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachste Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Telef. 200

ZUKAUFEN GESUCHT

Fahrbereites Damenrad (evtl. Herrenrad) nicht über 30 DM u. 2-4 alte Stühle zu kaufen ges. Interess. w. ihre Adr. in der EZ unter 3466 abgeben

ZU VERMIETEN

Zimmer mit 2 Betten, neu möbl. mit fließ. kalten u. warmen Wasser (keine Küchenben.) verm. Findling, Kolpingstr. 1

VERSCHIEDENES

Wer übersetzt fremdsprachliche Korrespondenz? Findling, Kolpingstraße 1, Telefon 552

Heute Schlachttag im Gasthaus zum Kreuz

Berfammlungen

Tierschutzverein Ettlingen u. Umgebung. Aus Anlaß des Welttierschutztages am 4. Okt. halten wir am Donnerstag eine Mitgliederversammlung ab im Gasthaus zum „Nagel“ (Elsäßer) bei der Post um 20 Uhr. — Alle, die sich mit dem Tierschutz und als Tierfreunde mit uns verbunden fühlen, laden wir freundl. zu diesem Abend ein.

Brondjal-Tee. Das ist außerordentlich günstig bei Fieber, Ferkel u. Verschleimung bewährt. In Natur im Kaps, dann Röhrlin's Brondjal-Tee. Preis/Packg. v. 0.75 an. Vorrätig bei Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz Leopoldstraße 7

Umschau in Karlsruhe

Tausende wollen nach Kanada
Bochbetrieb bei der Einwanderungsmision
Karlsruhe (UP). Die kanadische Einwanderungsmision hat alle Hände voll zu tun.

Kein Behördenhandel mehr
Karlsruhe (swb). Das württemberg-badische Kabinett beschloß, den Behördenhandel bei sämtlichen staatlichen Dienststellen einschließlich der Justizbehörden und der Schulen des Landes künftig nicht mehr zuzulassen.

3,6 Millionen DM für Straßenarbeiten
Karlsruhe (swb). Im Entwurf des Außerordentlichen Haushalts des Bundesverkehrsministeriums für das Rechnungsjahr 1951/52 sind insgesamt 3 650 000 DM für Straßenarbeiten in Nordbaden vorgesehen.

Karlsruhe. Karlsruhe hat der jüdischen Gemeinde anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes 2000 DM für den Wiederaufbau der Synagoge zur Verfügung gestellt.

Revisionsantrag Wolfisfer verworfen
Karlsruhe (UP). Der Revisionsantrag der 39jährigen Giftmörderin Margarete Wolfisfer aus Neustadt/Weinstraße wurde vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe verworfen.

Aus der badischen Heimat

US-Heeresgut als Altmaterial aufgekauft
Mannheim (swb). Ein Schrotthändler wurde wegen Hehlerei von einem US-Gericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

GYA-Heim in deutschen Händen
Mannheim (swb). Als erste Stadt im Bundesgebiet hat Mannheim ein GYA-Heim, das Heim in Mannheim-Rheinau, in städtische Regie übernommen.

Vom Lastwagen getötet
Wertheim (swk). In der Nähe von Mainbernheim wurde eine Radfahrerin von einem Lastzug überfahren.

Schweizer Spende für eine Gewerbeschule
Pforzheim (swk). Eine Schweizer Firma hat anlässlich ihres 50jährigen Jubiläums zum Ausbau der feinerwerktechnischen Abteilung der Gewerbeschule I eine Drehstuhl- und Fräsmaschine mit Zubehör geschenkt.

Ausländer-Ärzte sind überrascht
Ausklang des Röntgenologenkongresses

Baden-Baden (ld). Die 1100 Röntgenologen aus dem In- und Ausland haben ihren Kongreß mit einem Ausflug nach Straßburg beendet.

Die eigentliche Sensation der Tagung dürfte die von Professor Janker entwickelte Röntgen-Kinematographie sein. Dadurch ist es möglich geworden, einen tiefen Einblick in alles zu nehmen, was während eines Herzschlages im Innern der Herzhöhlen vor sich geht und diese Vorgänge mit der Elektrokardiographie zu vergleichen.

Schwedischer Männerchor in Baden-Baden
Baden-Baden (lds). Der internationale bekannte schwedische Männerchor „De Svenske“ begeisterte im Kurhaus Baden-Baden ein zahlreiches Publikum mit sorgfältig ausgewählten Proben aus dem europäischen Liedgut.

Maul- und Klauenseuche breitet sich aus
Offenburg (lds). In den am Rhein gelegenen Gemeinden der Kreise Kehl, Lahr und Offenburg hat sich die Maul- und Klauenseuche weiter ausgebreitet.

„Kaufste Kirschen“ bevorzugt
Waldshut (lds). Die „Bauernzeitung“ gibt den Kirschenzüchtern den beachtenswerten Rat, künftig nur noch „Kaufste Kirschen“ auf den Markt zu bringen.

Tödlicher Unfall bei einer Regatta
Radolfzell (swk). Die in Radolfzell veranstaltete „Untersee-Herbstregatta“ endete leider mit einem tödlichen Unfall.

„Einigkeit ist notwendig“
Der Jahrestag der Europa-Abstimmung

Breisach (ld). Mit der Verkündung eines „Breisacher Programms“, der Gründung eines „Instituts für europäisches Denken“, der Entzündung einer Europa-Flamme auf dem Breisacher Eckartsberg und dem Beginn eines „Europäischen Fackellaufes“ ist der Jahrestag der ersten europäischen Abstimmung in Breisach in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus fast allen europäischen Ländern begangen worden.

Damit ist die kleine badische Rheinstadt Breisach, neben Emmrich im Rheinland die am meisten zerstörte Stadt Deutschlands, zu einem „Schwerpunkt europäischen Denkens“ geworden.

Wertheim. Einem dreijährigen Kind in Ebersbrunn ist im Schlaf ein Kissen auf den Kopf gefallen. Da es niemand bemerkte, erstreckte es.

Kreuz und quer durch Baden

Mannheim. Die Vereinigung „Zeitgenössisches Geistesleben“ plant für das kommende Frühjahr zusammen mit der Stadtverwaltung einen Veranstaltungszyklus unter dem Titel „Deutung der Gegenwart“.

Rastatt. Die 1947 in Rastatt eingerichtete Suchdienst-Zentrale soll zum 31. Oktober aufgelöst werden.

Baden-Baden. In den frühen Morgenstunden überfuhr ein Motorradfahrer einen 52 Jahre alten Mann. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und starb kurz nach dem Unfall.

Kehl. Die durch den im Mai gesunkenen schweizerischen Rheinfahrer „Edelweiß“ verperrte Fahrinne des Rheines ist seit einigen Tagen wieder freigelegt.

Rechen. Auf dem Friedhof in Rechen im Kreise Kehl war von einem Jugendlichen eine Urne gestohlen worden.

Todtmoos. Ein Mann aus Todtmoos stürzte in einer scharfen Kurve mit seinem Fahrrad so unglücklich, daß er an den Folgen seiner Verletzungen im Krankenhaus starb.

Freiburg. Die badische Regierung hat in einer Kabinettsitzung am Montag beschlossen, den Gesetzentwurf über die Aufwandssteuer im Bundesrat abzulehnen.

Freiburg. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Gesamtbaden wendet sich in einer Verlautbarung gegen den „überhandnehmenden Mißbrauch der Jugend zu Sammlungen aller Art“.

Freiburg. 1951 sind in Südbaden nur 15 Fälle von spinaler Kinderlähmung ohne Todesfälle aufgetreten.

Säckingen. Hier wird am 14. Oktober die südbadische Stenographenmeisterschaft ausgetragen.

Aus den Nachbarländern

Wer wird Deutsche Weinkönigin?

Baden durch Lisbeth Huber vertreten
Neustadt/Weinstraße (ZSH). Bis jetzt sind folgende Gebietsköniginnen als Bewerberinnen um die Deutsche Weinkönigin benannt worden.

Bürgermeister teilt Prügel aus
Lampertheim (swk). Daß ein Bürgermeister persönlich einen Besucher aus dem Rathaus prügelt, kommt nicht alle Tage vor.

Mit 89 Jahren Ururgroßmutter
Achern (lds). In Kappelrodeck im Achertal wurde die 89jährige Crescentia Berger, Ururgroßmutter, ihre Tochter, die Ururgroßmutter, zählt 66, die Großmutter 44 und die Mutter 24 Jahre.

Zwei Ohrfeigen kosten 100 Mark
Stuttgart (hpd). Ein 35jähriger Stuttgarter wurde vom US-Bezirksgericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Noch 5000 Mark zu teuer
Großsachsenheim (hpd). Der Landesportbund ist Besitzer des Großsachsenheimer Schlosses. Die Stadtverwaltung von Großsachsenheim möchte das Schloß kaufen.

Kupfer in der Hosentasche
Vaihingen/Enz (hpd). In Otisheim waren aus den Betriebsräumen einer Maschinenfabrik im Verlauf von sechs Monaten etwa 180 Kilo Kupfer im Wert von 700 Mark sowie Werkzeuge und Maschinenteile im Wert von 300 Mark entwendet worden.



Copyright by Dr. Paul Herzig, Tübingen
Durch Verlag v. Graberg & Geog. Wiesbaden
(24. Fortsetzung)
„Hören Sie, liebes Fräulein“, sagt Höpfer, sein breites Gesicht strahlt in seinem prächtigsten jovialen Schmunzeln.

ganz klaren Wein über ihr Verhältnis zu Dr. Burgdorf einschenken.“
„Das habe ich getan.“
Und nun weiß der Kriminalrat, daß er aus diesem Mädchen nicht ein Wort mehr herauslocken wird.

„Er wollte nach seiner Sprechstunde hier sein.“
„Hoffentlich wird das nicht allzu spät...“
Dann machen sich die beiden Beamten schweigend an die Durchsicht der Papiere in der gewaltsam aufgerissenen, durchwühlten Schublade.

inzwischen zurück“, versucht er sich selbst zu beruhigen.
Sorgsam steckt er den Schulschein in die Tasche.
Frau Schallek bringt den beiden Beamten im Auftrage von Sabine Pertus auf einem kleinen Tablett etwas zu essen und zu trinken.

